

Dokument 17

Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands

**Beschlossen vom PV der KPD
(2. 11. 1952)¹**

I. Die Notlage in Westdeutschland

Die Bevölkerung Westdeutschlands befindet sich in schwerer Not. Schon der verbrecherische Krieg Hitlerdeutschlands und die Niederlage, die ihm folgte, brachten Millionen Todesopfer und große Zerstörungen. *Nach dem Kriege aber geriet Westdeutschland – von Ostdeutschland abgeschnitten – in die Sklaverei der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten.*

Es erwies sich, daß die drei kapitalistischen Staaten – USA, England und Frankreich – den vergangenen Krieg nicht mit dem Ziel geführt haben, Deutschland von der Hitlerherrschaft zu befreien, wie sie das während des Krieges erklärt hatten. Ihr Ziel war, Deutschland als Staat zu vernichten, als Konkurrenten auszuschalten, seine Reichtümer an sich zu reißen und auszubeuten und unser Volk und Land für die Vorbereitung eines neuen Krieges um die Weltherrschaft zu mißbrauchen. Es ist ihnen jedoch nicht gelungen, sich ganz Deutschland unterzuordnen. Ostdeutschland hat sich mit Hilfe der Sowjetarmee vom Hitlerregime und jeder imperialistischen Knechtschaft befreit und den neuen Weg der demokratischen und friedlichen Entwicklung beschritten, den das Potsdamer Abkommen eröffnete.

Da sie ihr Ziel, das ganze Deutschland zu unterjochen, nicht erreichten, haben die Westmächte auf Initiative der Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland gespalten, um sich seines reichen westlichen Teils zu bemächtigen. Sie entzogen sich ihren Verpflichtungen zur Wahrung der Einheit Deutschlands, seiner Demokratisierung und Entmilitarisierung, die ihnen den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutsch-

land und den Abzug der Besatzungstruppen auferlegt. Sie verhindern den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen. Sie stellen sich jedem Versuch einer Verständigung zwischen den Deutschen in Ost- und Westdeutschland entgegen.

Sie benutzen die zeitweilige Schwäche Westdeutschlands, zwingen ihm den Generalvertrag und die Pariser Militärabkommen auf, durch die die Spaltung Deutschlands und die Aufrechterhaltung der fremdländischen Okkupation auf 50 Jahre vertraglich verankert werden sollen.

Dabei versuchen die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten den Anschein zu erwecken, als sei Westdeutschland nicht in der Lage, sich aus eigener Kraft aufzurichten. Sie faseln von der „Führung“, die es brauche und der amerikanischen „Hilfe“ und Besetzung, ohne die es angeblich nicht leben könne. Aber es ist noch nicht lange her, daß die Herrschaft der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten sogar in ihren eigenen Ländern durch den deutschen Imperialismus erschüttert wurde, und daß nur der heldenhafte Kampf der Völker der Sowjetunion die Welt vor der Versklavung durch die faschistische Tyrannei gerettet hat. Damals führte Hitlerdeutschland einen verbrecherischen imperialistischen Krieg, der folgerichtig mit der Niederlage endete. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Deutschland, wenn es eine Politik des Friedens und des Fortschritts betreibt, imstande ist, sich aus eigener Kraft aufzurichten, und daß ein vereinigtes, friedliebendes und demokratisches Deutschland eine bedeutende und unabhängige Rolle in der Weltpolitik und Weltwirtschaft spielen kann und wird.

Die Westmächte benutzen das Besatzungsregime, um aus Westdeutschland Maximalprofite herauszupressen. Sie zwingen Westdeutschland Verträge auf, die – wie der Marshallplan, der „grüne Plan“, der Schumanplan und andere Abkommen – den deutschen Interessen völlig zuwiderlaufen und gegen das Potsdamer Abkommen der vier Mächte gerichtet sind. Sie haben sich in der Kohlen-, Stahl- und chemischen Industrie festgesetzt, nisten sich in immer weiteren Zweigen der deutschen Industrie ein, verfügen anmaßend über die deutsche Ein- und Ausfuhr, setzen entsprechend ihren Interessen die Preise fest, lenken die Rohstoffe entsprechend ihrer Kriegsplanung und hemmen auf jede Weise die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie. Sie haben den innerdeutschen Handel zum Erliegen gebracht, verbieten Westdeutschland den Handel auf seinen natürlichen Märkten im Osten und versper-

ren aus Konkurrenzgründen auch den Weg zu den kapitalistischen Märkten. Zugleich verstricken sie die westdeutsche Bevölkerung in immer größere finanzielle Verschuldung. Die Besatzungs- und Rüstungskosten betragen nach den Pariser Militärabkommen jährlich mehr als 10 Milliarden D-Mark. Die sogenannten Auslandsschulden, deren Tilgung die Adenauer-Regierung auf Forderung der Amerikaner zugesagt hat, betragen 21 Milliarden D-Mark. Die innere Verschuldung hat bereits 24 Milliarden D-Mark erreicht. Die westdeutsche Wirtschaft ist als Folge der imperialistischen „Hilfe“ von Grund auf überfremdet und desorganisiert.

Das ganze Leben der Bundesrepublik wird heute von den amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsbehörden gelenkt. Nicht nur die Wirtschaft, auch die gesamte Innen- und Außenpolitik, die ganze Lebensweise Westdeutschlands sind durch das amerikanische Besatzungsregime in Fesseln geschlagen.

Schwer sind unter diesen Umständen die Leiden aller Schichten der Bevölkerung. Die Steuerlasten wachsen, die Preise steigen ständig, die Lebenshaltung breiter Teile der Werktätigen ist unter das Existenzminimum gesunken.

Die Zahl der Vollarbeitslosen und Kurzarbeiter beträgt fast 3 Millionen. Der Reallohn der Arbeiter sinkt infolge des raschen Steigens der Preise und Steuern immer mehr. In den Betrieben herrscht ein drückendes Antreibesystem. Die Arbeiterorganisationen werden ihrer gesetzlichen Rechte beraubt.

Die Bauern leiden nicht nur unter den steigenden Steuern und steigenden Preisen für Industriewaren, sondern auch unter der Beschlagnahme von Hunderttausenden von Hektar Bauernlandes für Kriegszwecke, unter der Vernichtung von Ernten durch amerikanische und englische Panzer, der Vertreibung von Hof und Land. Noch immer gehört in Westdeutschland die Hälfte aller Ländereien und Wälder den Großgrundbesitzern und Junkern.

Den Handwerkern, Geschäftsleuten und der Mehrzahl der selbständigen Unternehmer wird, da sie mit der deutschen Friedenswirtschaft verbunden sind, von den amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten der Boden unter den Füßen entzogen.

Zugleich führt der amerikanische Imperialismus einen systematischen Kampf gegen die deutsche Nationalkultur. Er möchte sie vernichten, damit die Deutschen vergessen, daß sie Deutsche sind, und daß sie eine große Vergangenheit als selbständige und begabte Nation besitzen.

Er möchte das deutsche Volk dazu erziehen, auf einen einheitlichen, deutschen Nationalstaat und auf die deutsche Nationalkultur zu verzichten und die „amerikanische Lebensweise“ mit ihrer äußerlichen und primitiven „Kultur“ anzunehmen. Die amerikanischen und englischen Machthaber wollen nur für ihr eigenes imperialistisches Land das Recht auf selbständige nationale Existenz gelten lassen, dem deutschen Volk und den anderen Völkern Europas aber dieses Recht nehmen, indem sie ihnen das „Europäertum“, die „Integration Europas“, den „Kosmopolitismus“ usw. aufzwingen.

Die imperialistischen Besatzungstruppen üben die Funktion von Straf- und Gendarmeriebataillonen aus. Deutsche Frauen und Mädchen gelten den Okkupanten als Freiwild.

Die amerikanischen Imperialisten geben sich jedoch nicht damit zufrieden, die westdeutsche Bevölkerung zu versklaven, auszurauben und zu erniedrigen. Sie wollen Westdeutschland in den neuen Aggressionskrieg hineinzerrren, den sie vorbereiten.

Das amerikanische Rüstungskapital liebt es, mit fremden Händen Krieg zu führen. Daher ist es entschlossen, für die Verwirklichung seiner Angriffspläne gegen die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder und die Deutsche Demokratische Republik, Westdeutschland mit seiner starken Industrie, seinen Menschenreserven und seinen Militärkardern einzusetzen. Aus diesem Grunde wird mit allen Mitteln die Schaffung einer deutschen Söldnerarmee organisiert, Westdeutschland in einen Exerzierplatz verwandelt, die Errichtung militärischer Bauten, Flugplätze, Waffenlager und Kasernen betrieben, daher werden Gebäude, Brücken, Straßen, Staudämme und Wälle mit Sprengkammern versehen. So werden die Vorbereitungen getroffen, um Westdeutschland in das Abenteuer eines neuen Eroberungskrieges zu stürzen.

Gerade wir Deutschen kennen aus eigener Erfahrung den Ausgang von Eroberungskriegen. Den vorigen Krieg führte der deutsche Imperialismus im Bündnis mit dem kaiserlichen Japan, dem faschistischen Italien und einer Reihe anderer Staaten. Er endete mit der vollen Niederlage. Nicht anders würde ein neuer Angriffskrieg enden. Zeigen nicht die Niederlagen der USA in Korea und China, die Niederlagen Englands in Malaya und Iran, die Niederlagen Frankreichs in Vietnam die tiefere innere Schwäche des Lagers der großsprecherischen Imperialisten?²

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstand ein mächtiges Lager der Staaten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, das jetzt

schon ein Drittel der Menschheit umfaßt und Millionen begeisterter Anhänger in den kapitalistischen Ländern und Kolonien besitzt. Die Sowjetunion ist heute um vieles stärker als zu der Zeit, da sie die Hitlerkoalition zerschlug. Ein neuer Krieg würde unweigerlich zur Zerschmetterung der Aggressoren führen. Man darf nicht übersehen, daß sich die inneren Widersprüche im Lager des Imperialismus auf's Äußerste verschärfen, wobei die Vereinigten Staaten von Amerika darauf drängen, die anderen Länder, auch ihre eigenen Verbündeten, zu knechten und zu unterdrücken.

Und ist der westdeutschen Bevölkerung etwa nicht bekannt, daß die Amerikaner mit ihren Verbündeten nicht wie mit gleichberechtigten Partnern, sondern wie mit Söldnern umgehen? Sie würgen, bedrängen und berauben sogar solche Verbündete wie England und Frankreich. Welches Schicksal erwartet angesichts dessen das von den Imperialisten okkupierte Westdeutschland?

Die Perspektive, die der amerikanische Imperialismus Westdeutschland eröffnet, ist: Heute zunehmende Ausplünderung und morgen Verwandlung unserer Heimat in verbrannte Erde, als Folge des amerikanischen Aggressionskrieges, dessen Scheitern von vornherein feststeht.

Deshalb muß Westdeutschland ein für allemal mit der amerikanischen Politik der Aggression und des Strebens nach Weltherrschaft brechen. Es muß den Weg gehen, der im Potsdamer Abkommen festgelegt ist, das heißt den Weg der Einheit, der Demokratie und des Friedens. Westdeutschland muß im Kampf für die Erhaltung des Friedens in Europa, für das Verbot der Atomwaffe, für die Einschränkung der Rüstungen und für die Entwicklung des friedlichen Handels eine aktive Rolle übernehmen, so wie dies Ostdeutschland bereits tut. Westdeutschland muß sich von allen ihm aufgezwungenen militärischen Bündnissen und Verpflichtungen freimachen, es muß den Weg der Demokratie und friedlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten beschreiten, welche die nationalen Interessen des deutschen Volkes anerkennen. Nur auf diesem Wege wird Deutschland zur nationalen Vereinigung und Unabhängigkeit, zu wirtschaftlicher Blüte und kulturellem Gedeihen gelangen. Vom Besatzungsregime befreit und in friedlicher Zusammenarbeit mit anderen Staaten, wird das einheitliche Deutschland alles besitzen, was es für den Wiederaufstieg braucht: Rohstoffe für seine Industrie, Absatzmärkte für seine Waren, Freiheit im Innern und Frieden nach außen.

II. Die Rolle des Bonner Regimes und die Notwendigkeit der Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung

Ohne die Existenz des Adenauer-Systems wäre es den amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten unmöglich, ihr Regime der nationalen Knechtschaft und Erniedrigung weiter aufrechtzuerhalten.

Würden die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten offen, ohne sich hinter der Regierung Adenauer zu verstecken, in ihrem eigenen Namen und durch eigene Befehle die Politik der Spaltung Deutschlands betreiben, die Verhandlungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands verhindern, die unerträglichen Steuern für Rüstungszwecke festsetzen, Ausnahmegesetze usw. durchführen, so würden sie zweifellos die Empörung und den geschlossenen Widerstand der gesamten Bevölkerung Westdeutschlands hervorrufen und zur Aufhebung ihrer Verordnungen gezwungen werden. Darum tun sie dies alles mit Hilfe der Adenauer-Regierung, die mit Billigung des Bundestages gebildet wurde.

Das Adenauer-Regime schützt und behütet die Interessen des amerikanischen, englischen und französischen Kapitals und ihre Privilegien in Westdeutschland durch die Zustimmung zur Aufrechterhaltung der Besatzung. Es nimmt die Befehle der amerikanischen Imperialisten entgegen und zwingt sie in Form deutscher Verordnungen und Gesetze der Bevölkerung Westdeutschlands auf. Es ermöglicht dadurch den amerikanischen, englischen und französischen Urhebern dieser Gesetze und Verordnungen, im Schatten zu bleiben und das von ihnen errichtete Regime der Knechtung Westdeutschlands auch weiterhin zu erhalten. Der Generalvertrag bestimmt direkt und unumwunden, daß die Bonner Regierung verpflichtet ist, alle Maßnahmen der USA, Englands und Frankreichs durchzuführen und ihre Privilegien und Interessen in Westdeutschland zu verteidigen. Das Adenauer-Regime ist daher ein Regime des nationalen Verrats.

Hundertfach ist der nationale Verrat, den das Adenauer-Regime begeht und begeht. Es unterzeichnete das Ruhrstatut, es lieferte mit der Zustimmung zum Schumanplan das Verfügungsrecht über Kohle und Stahl den amerikanischen Imperialisten aus. Es verschachert die deutsche Saar an das ausländische Monopolkapital.

Das Adenauer-Regime unterstützt durch die Unterzeichnung des Generalvertrages die Errichtung des amerikanischen Protektorats über Westdeutschland und die Umwandlung Westdeutschlands in den Hauptaufmarschplatz und den Hauptschauplatz der größten Niederlage des geplanten amerikanischen Angriffskrieges. Es betreibt gemäß den Pariser Militärabkommen die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht und des Dienstes in Truppenteilen, die unter amerikanischem Oberkommando stehen und nicht die Interessen einer deutschen Friedenspolitik und dem Schutz der deutschen Grenzen, sondern den amerikanischen Interessen der Entfaltung eines neuen Weltkrieges und der Versklavung der Völker Europas dienen.

Das Adenauer-Regime bekämpft haßerfüllt und unter Einsatz der verwerflichsten Mittel die Verständigung der Deutschen aus Ost und West über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und den Abschluß eines Friedensvertrages. Es sät Feindschaft und Haß im deutschen Volk und wiegelt die Deutschen gegeneinander auf. Es entsendet nach Ostdeutschland Spione und Terroristen, um deutsche Betriebe der Friedensproduktion, deutsche Eisenbahnen, Schleusen deutscher Kanäle zu sprengen, die Versorgung der friedlichen deutschen Bevölkerung zu sabotieren und Teile der friedlichen deutschen Bevölkerung selbst unter Verwendung von Sprengstoff und Gift zu vernichten. Zynisch bezeichnet es jeden Versuch Ostdeutschlands, sich gegen diese verbrecherischen Aktionen zu verteidigen, als „Spaltung“.³

Das Adenauer-Regime fordert an Stelle der Verständigung der Deutschen untereinander die „Angliederung Ostdeutschlands“ durch „militärische Stärke“, d. h., es fordert Krieg und Bruderkrieg, die Verwandlung Deutschlands in ein neues Korea.

Wie erklärt sich dieser nationale Verrat, der in der deutschen Geschichte nicht seinesgleichen findet?

Das Adenauer-Regime ist die Herrschaft der deutschen Monopolen und Großgrundbesitzer, der Revanche-Politiker und Militaristen. Ebenso wie die amerikanischen Imperialisten sind diese reaktionären Kräfte daran interessiert, die nationale Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher demokratischer Grundlage nicht zuzulassen, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Aufhebung der Besetzung Westdeutschlands zu verhindern. Sie sind der Meinung, daß die Spaltung Deutschlands und die Aufrechterhaltung des amerikanischen Okkupationsregimes in Westdeutschland das beste Mittel ist, um die Be-

völkerung Westdeutschlands niederzuhalten. Deshalb ist die Regierung Adenauer eine Regierung der Spaltung Deutschlands und der Versklavung Westdeutschlands durch den amerikanischen Imperialismus.

Die reaktionären und militaristischen Kräfte, die die Regierung Adenauer stützen, sind ebenso an der Einbeziehung Westdeutschlands in einen neuen Krieg, den die Amerikaner vorbereiten, interessiert, da sie den Krieg als das für sie profitreichste Unternehmen betrachten, da sie durch ein neues Kriegsabenteuer die den deutschen Imperialisten verlorengegangenen Positionen wiedererringen und erneut die Möglichkeit zur Versklavung anderer Völker zu erhalten hoffen. Die Regierung Adenauer ist daher eine Regierung des Krieges und der Zerstörung Deutschlands.

Wenn wir von der Regierung Adenauer sprechen, so verstehen wir darunter das Regime, das von den imperialistischen Okkupanten und der westdeutschen Reaktion in Westdeutschland errichtet wurde. Selbstverständlich können diese reaktionären Kräfte eine andere Person an die Stelle Adenauers setzen, die die gleiche Politik durchführen wird.

Zur Durchführung der Befehle der ausländischen und deutschen Imperialisten geht das Adenauer-Regime, das in zunehmendem Maße an Einfluß im Volke verliert, immer mehr zu terroristischen Methoden über. Unter einem Schwall verlogener Worte über „Freiheit“ und „Rechtssicherheit“ beseitigt es die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.

Daher muß man sagen: Das Adenauer-Regime regiert gegen das Volk. Es tritt das von ihm selbst ausgearbeitete Bonner Grundgesetz mit Füßen. Jeder Paragraph dieses Grundgesetzes kann von den Besatzungsbehörden der imperialistischen Mächte unter Bezugnahme auf den Generalvertrag oder die Pariser Militärabkommen oder mit Hilfe außerordentlicher Dekrete des Adenauer-Regimes außer Kraft gesetzt werden.

Um den Arbeitern die ständig steigenden Lasten der Okkupation und Kriegsvorbereitungen und des Besatzungsregimes aufbürden zu können, schuf das Adenauer-Regime ein Antigewerkschaftsgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz, das die Gewerkschaften zur Ohnmacht verdammten und die Arbeiter zu Sklaven der Rüstungsproduktion machen soll.⁴

Das Adenauer-Regime macht die westdeutsche Justiz und Polizei zu Bütteln gegen ihre eigenen Landsleute, die für die natürlichsten

Rechte des deutschen Volkes, für die Verständigung der Deutschen, für die nationale Einheit und für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages eintreten. Das Adenauer-Regime bereitet die Errichtung der Militärdiktatur vor.

Das Adenauer-Regime ist der Feind der Volksrechte und jeder Demokratie.

Wenn die Bevölkerung Westdeutschlands leben will, muß sie das Adenauer-Regime stürzen.

Es wäre lächerlich zu erwarten, daß das Regime Adenauer, welches die für die Bevölkerung unerträglichen Verhältnisse in Westdeutschland geschaffen hat, selbst den Wunsch hätte, daß diese Verhältnisse wieder abgeschafft werden. Es wäre ferner ein Trugschluß zu meinen, westdeutsche Pseudowahlen unter dem Adenauer-Regime der Täuschung und Unterdrückung des Volkes, oder Teilreformen, welche die Grundlage der in Westdeutschland bestehenden Ordnung unangetastet lassen, könnten den Notstand in Westdeutschland beseitigen und zur Vereinigung Deutschlands führen. Die Unterdrücker werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel benutzen, um eine grundlegende Änderung der bestehenden Lage und die nationale Vereinigung Deutschlands zu verhindern. Deshalb muß das Regime Adenauer gestürzt und auf den Trümmern dieses Regimes ein freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland geschaffen werden.

Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.

Der Sturz des Adenauer-Regimes macht den Weg frei für eine Regierung der nationalen Wiedervereinigung, die sich auf alle patriotischen Kräfte in Westdeutschland stützt. Eine solche Regierung würde alle Voraussetzungen besitzen, um die Feinde der nationalen Wiedervereinigung zu zügeln und unser Volk aus der bedrohlichen Lage herauszuführen. Eine solche Regierung der nationalen Wiedervereinigung hätte Maßnahmen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zu ergreifen. Sie hätte die Durchführung gesamtdeutscher Schritte bei den vier Großmächten mit dem Ziel des beschleunigten Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und des Abzuges aller Besatzungstruppen zu sichern. Sie hätte alle Verträge, die der Bevölkerung Westdeutschlands aufgezwungen wurden und nicht dem Grundsatz der

Gleichberechtigung entsprechen, zu beseitigen. Sie hätte die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes wie das Recht der freien Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, das Koalitionsrecht und Streikrecht usw. im vollen Umfange wiederherzustellen. Sie müßte die faschistischen Terrororganisationen auflösen und die wegen ihres Kampfes für die nationalen Interessen des deutschen Volkes eingekerkerten Patrioten befreien.

Die Kommunistische Partei Deutschlands wird jeder Regierung, die diese nationalen und demokratischen Forderungen vertritt, die volle Unterstützung gewähren. Damit ist sie der Meinung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht auf dem Wege einer schematischen Übertragung der in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Ordnung auf Westdeutschland durchgeführt werden kann, da die objektiven Bedingungen in Westdeutschland sich von den Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik unterscheiden und die Interessen der Vereinigung Deutschlands und des Kampfes für den Frieden Zugeständnisse von beiden Teilen Deutschlands erfordern.

Wenn an der Spitze Westdeutschlands eine solche Regierung stünde, eine demokratische Regierung der nationalen Wiedervereinigung, die nicht gewillt ist, den ausländischen Unterdrückern als Tarnung und Stütze zu dienen, dann müßten die westlichen Besatzungsbehörden ihre Politik ändern. Dann wären sie gezwungen, sich mit der Vereinigung Deutschlands, mit dem Abschluß eines Friedensvertrages und mit dem Abzug der Besatzungstruppen einverstanden zu erklären. So würde sich die westdeutsche Bevölkerung aus der Knebelung durch die Okkupanten befreien und nach der Vereinigung mit Ostdeutschland ein gesichertes Leben in einem einheitlichen, unabhängigen und wohlhabenden Deutschland beginnen.

III. Der Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands und der unausbleibliche Sieg des Volkes

Der westdeutschen Bevölkerung wird immer klarer, daß das deutsche Volk – wie jedes andere Volk – das Recht besitzt, über sein Schicksal selbst zu bestimmen und seinen eigenen demokratischen Staat ohne jedwede fremdländische Einmischung zu gestalten. In der westdeutschen Bevölkerung reift die Erkenntnis heran, daß sie sich im Kampf

um eine glückliche Zukunft vor allem auf sich selbst verlassen, die eigene Kraft zur Geltung bringen muß.

Das leuchtende Banner, das die Grundforderungen des deutschen Volkes trägt, ist: Einheit, Friede und Unabhängigkeit. Das Haupthindernis sind der Generalvertrag und die Pariser Militärabkommen, die dem deutschen Volk den Weg zur Durchsetzung dieser Forderung versperren und es statt dessen auf die Bahn der Spaltung und des Krieges ziehen. Dieses Hindernis muß beseitigt werden. Die nächsten Ziele, auf die das deutsche Volk seine Energie konzentrieren muß, sind daher der Abschluß eines Friedensvertrages, die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Vereinigung Deutschlands und der Abzug der Besatzungstruppen. Nur ein gerechter Friedensvertrag und der Abzug der Besatzungstruppen sichern die dauerhafte Einheit und Unabhängigkeit eines friedlichen, demokratischen Deutschlands.

Starke Kräfte sind erforderlich, um den gewaltigen Kampf des deutschen Volkes für Einheit, Frieden und Unabhängigkeit zum Sieg zu führen. Diese Kräfte sind vorhanden.

Die Arbeiterschaft, die mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung Westdeutschlands ausmacht, ist die mächtigste Kraft der deutschen Nation.

Die Bauernschaft ist der engste Verbündete der Arbeiterschaft im nationalen Befreiungskampf. Das Bündnis der Arbeiter und Bauern stellt jene unüberwindliche Kraft dar, die allein befähigt ist, den Triumph der Sache der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands zu sichern. Dabei werden die Arbeiter die Bauern als ihre Bundesgenossen im Kampf für Boden, Senkung der Steuern und Verbesserung der Lebenslage der Bauern unterstützen.

Die Bauern werden ihrerseits den Arbeitern als ihren Bundesgenossen im Kampf für grundlegende Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiterklasse helfen.

Die Ziele des Kampfes für die nationale Wiedervereinigung entsprechen den ureigensten Lebensinteressen auch der anderen Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands. Deshalb schließen sich dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft die Angestellten und Beamten, die Freischaffenden, die Handwerker und Kleinhändler, die kleineren und mittleren Unternehmer sowie ein bedeutender Teil der westdeutschen Industriellen und Kaufleute an, das heißt, die Mehrheit der nicht am Krieg und an der Kriegsproduktion interessier-

ten Menschen, deren Existenz durch die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und Adenauers und durch die Politik der Kriegsvorbereitung bedroht ist.

Diesem Bündnis schließt sich die gesamte patriotisch eingestellte Intelligenz an: die Wissenschaftler, die Kultur- und Kunstschaffenden, alle Menschen der geistigen Arbeit. Sie wissen, daß die Entwicklung der deutschen Kultur und das freie, schöpferische Schaffen der Wissenschaft und Kulturschaffenden zum Wohle des Volkes nur in einem einigen und unabhängigen Deutschland möglich ist.

Diesem Bündnis schließen sich alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland an, unabhängig von ihrer sozialen Lage und ihrer Weltanschauung, denn sie alle wollen Deutschland einig, frei, unabhängig und in wirtschaftlicher und kultureller Blüte sehen.

Daher ist erforderlich, die Verständigung aller Patrioten, aller Deutschen guten Willens in West- und Ostdeutschland herzustellen und ihre gemeinsamen Aktionen zu organisieren. Dem Bündnis des Verräters Adenauer mit den amerikanischen Unterdrückern wird das Bündnis aller ehrlichen Deutschen im Westen und Osten unseres Vaterlandes entgegengestellt. Die Werktätigen in West und Ost müssen sich in ihrem Kampf für ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland brüderlich die Hände reichen und sich zu der großen Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammenschließen.

Schon jetzt ist im nationalen Befreiungskampf unseres Volkes die Arbeiterklasse die führende Kraft. Aber sie kann ihre Kräfte nur dann voll entfalten, wenn sie selbst geeint und geschlossen vorgeht und die anderen Schichten der Bevölkerung vereinigt.

Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Vereinigung der Hauptkräfte der Nation wird durch die rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften gehemmt. Einerseits erklären sie, daß sie sich in Opposition zur Regierung Adenauer befinden und mit deren Politik nicht einverstanden seien. Sie schaffen damit ein Ventil für die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und anderen Schichten der Bevölkerung über die Politik Adenauers und der amerikanischen Okkupanten und erwecken den Anschein, als kämpften sie gegen diese Politik. Andererseits verteidigen sie offen die Grundlagen des in Westdeutschland bestehenden Regimes, versperren den Weg, der zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands führt, brechen ständig ihre eigenen Erklärungen und

die dem Volk gegebenen Versprechungen und verraten somit die Interessen der Arbeiterklasse und der Nation.

Es ist bekannt, daß die rechten Sozialdemokraten aktiv an der Schaffung des Bonner Separat-Staates beteiligt waren, dessen Bildung die Spaltung Deutschlands bedeutete. Sie waren die Urheber des räuberischen Besatzungsstatutes der Amerikaner, durch das Westdeutschland an Händen und Füßen gebunden wurde. Sie waren und sind hartnäckige Anhänger der Aufrechterhaltung der Besetzung Westdeutschlands und forderten sogar von den Amerikanern die zahlenmäßige Verstärkung der Besatzungstruppen. Sie unternehmen alles, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu verhindern und betreiben, ebenso wie Adenauer, die Remilitarisierung Westdeutschlands zu Revanche- und Eroberungszwecken. Unter der Führung der rechten Sozialdemokraten – Ollenhauer, Carlo Schmid, Reuter u. a. – war die SPD die einzige große Fraktion im Bundestag, die sich gegen den Empfang der Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik durch das Präsidium des Bundestages aussprach, obwohl diese Delegation die Aufgabe hatte, die Verständigung zwischen den Deutschen in Ost- und Westdeutschland in der Frage der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen und des beschleunigten Abschlusses eines Friedensvertrages herzustellen.⁵

Die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften sind eng mit den amerikanischen, englischen und französischen Okkupanten verbunden. Sie arbeiten aktiv in den Organen der Rüstungsindustriellen mit, wie in der Schumanplanbehörde, in den Aufsichtsräten der großen Konzerne usw. Sie kämpfen aktiv gegen die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse, indem sie die Sozialisierung der Hauptzweige der Schwerindustrie Westdeutschlands, für die die Mehrheit der Wähler stimmte und die von den sozialdemokratischen Führern selbst während der Wahlen des Jahres 1946 gefordert wurde, zum Scheitern brachten.

Ihre Opposition gegen den Generalvertrag, die Pariser Militärabkommen und die Regierung Adenauer ist heuchlerisch und unaufrichtig. Die rechten sozialdemokratischen Führer sind in Wahrheit selbst ein wichtiges Glied in dem von den Amerikanern geschaffenen System des Bonner Regimes.

Die sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger müssen das trügerische Doppelspiel ihrer rechten Führer erkennen und sich von ihrer Politik lösen. Es gilt die Aktionseinheit der sozialdemokratischen,

kommunistischen, christlichen und nicht organisierten Arbeiter sowie aller Werktätigen im Kampf für ihre nationalen und sozialen Forderungen herzustellen.

Unzweifelhaft wird unser Kampf Opfer fordern. Aber für jeden im Kampf gefallenen oder aus dem Kampf herausgerissenen Patrioten werden Tausende neue aufstehen. Auch Mißerfolge und Rückzüge wird es geben, und dann werden die Imperialisten mit ihren vermeintlichen Erfolgen triumphieren. Wir erwidern ihnen schon heute: Der Sieg der nationalen Befreiungsbewegung ist sicher; denn ihre Sache ist gerecht.

Das große Lager der westdeutschen Patrioten hat in seinem gerechten Kampf die stärksten Verbündeten.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt leidenschaftlich unser Ringen um nationale Einheit und Frieden. Von den Fesseln des Imperialismus befreit, baut sie planmäßig und mit täglich wachsenden Erfolgen den ersten konsequenten demokratischen Staat auf deutschem Boden auf. In der Deutschen Demokratischen Republik sind Krisen und Arbeitslosigkeit überwunden. Steuern und Preise fallen. Wohlstand und Kultur wachsen. Die großen Fabriken und Werke gehören dort dem Volk, das Land der Junker und Gutsbesitzer den werktätigen Bauern. Das ist der Grund, weswegen die Imperialisten in Westdeutschland vor Wut aufheulen, die Deutsche Demokratische Republik um jeden Preis verleumden und den Blick der westdeutschen Bevölkerung von ihr ablenken wollen. Aber das wird nicht gelingen. Die westdeutschen Patrioten wissen, daß die Brüder und Schwestern in der Deutschen Demokratischen Republik ihnen treue, zuverlässige Stützen sind. Das friedliche Aufbauwerk in der Deutschen Demokratischen Republik dient den Interessen des ganzen deutschen Volkes, es dient der Sache der nationalen Wiedervereinigung und der Befreiung Westdeutschlands aus den Ketten und der Schmach der imperialistischen Okkupation.

Den um Einheit, Frieden und Unabhängigkeit kämpfenden westdeutschen Patrioten gehört weiter die tiefe Sympathie und Freundschaft aller friedliebenden Völker der Welt. Diese Freundschaft kommt leuchtend zum Ausdruck in der Haltung der Großen Sozialistischen Sowjetunion, dieses mächtigsten Freundes des deutschen Volkes. Mit eiserner Konsequenz tritt die Sowjetunion vor jedem Forum für die volle nationale Unabhängigkeit, die Gleichberechtigung und uneingeschränkte friedliche wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ein. Die weltweite Bewegung für die friedliche Lösung der deut-

sehen Frage zeigt den Umfang der Unterstützung, welche die deutsche Befreiungsbewegung genießt.

Nicht mehr fern ist der Tag, an dem das deutsche Volk das Adenauer-Regime stürzen wird. So wird die Herrschaft der amerikanischen Okkupanten und ihrer deutschen Helfershelfer ihr Ende finden. Der Weg wird frei zu einem einigen, demokratischen und unabhängigen Deutschland. Des Volkes Wille wird oberstes Gesetz.

IV. Die Ziele des nationalen Befreiungskampfes in Westdeutschland

Die Kommunistische Partei Deutschlands erstrebt den Zusammenschluß der Bevölkerung Westdeutschlands zum Befreiungskampf um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands mit folgenden Zielen:

Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender, unabhängiger Staat und Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

1. Sofortige Herbeiführung der Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland mit dem Ziel der unverzüglichen Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung und des gemeinsamen Auftretens West- und Ostdeutschlands mit der Forderung auf beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug aller Besatzungstruppen.

2. Schaffung einer Kommission aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Prüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen in ganz Deutschland, zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzes und zur Sicherung der Durchführung dieser Wahlen.

3. Beseitigung der Spaltung Deutschlands und Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender und unabhängiger Staat. Das Saargebiet ist ein untrennbarer Bestandteil Deutschlands.

4. Beschleunigter Abschluß eines Friedensvertrages bei Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Deutschlands.

5. Alle Besatzungstruppen verlassen nach Abschluß des Friedensvertrages das Territorium Deutschlands.

6. Kein auswärtiger Staat besitzt das Recht, Militärstützpunkte auf deutschem Territorium zu unterhalten.

7. Zum Schutze seiner Unabhängigkeit, seiner friedlichen Arbeit und der Sicherung seines Territoriums erhält das deutsche Volk das Recht, eigene nationale Streitkräfte aufzustellen, sowie das Recht, für diese Streitkräfte die notwendigen Waffen herzustellen.

8. Das deutsche Volk lehnt es ab, sich an Militärbündnissen zu beteiligen, die sich gegen einen anderen Staat richten.

9. Zur Teilnahme an der Viererkonferenz über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird eine gesamtdeutsche Kommission aus Vertretern West- und Ostdeutschlands gebildet, die bei den Verhandlungen an die genannten Grundsätze gebunden ist. Der Friedensvertrag wird von der gesamtdeutschen Regierung unterzeichnet und von der aus freien Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung ratifiziert.

10. Die Nationalversammlung entscheidet über die innere demokratische und soziale Gestaltung Deutschlands und legt seine Außenpolitik fest, die eine Politik der guten Nachbarschaft nach Ost und West ist und die der Erhaltung des Friedens und der Festigung der Völkerfreundschaft dient.

Sicherung der demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes

1. Alle Gesetze und Verordnungen, die der Beschränkung der demokratischen Freiheiten des deutschen Volkes dienen, werden aufgehoben.

2. Alle demokratischen Rechte und Freiheiten, wie die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Koalitions- und Streikrecht, das Recht der freien Meinungsäußerung und Religionsausübung, der Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung werden durch Gesetze garantiert.

3. Verboten und unter Strafe gestellt werden jede Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze. Die militaristischen und faschistischen Organisationen und Verbände sind zu verbieten.

Freie Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft

1. Alle Beschränkungen für die Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft werden aufgehoben. Der Aufbau der Friedenswirtschaft wird mit allen Mitteln gefördert und gesichert.

2. Die Betriebe der Großkonzerne, des Bergbaues, der Eisen- und Stahlgewinnung, der Großchemie, der Großbanken und der großen Versicherungsgesellschaften, deren Besitzer den nationalen Verrat des Adenauer-Regimes unterstützen, werden der Verfügungsgewalt dieser Monopolherren entzogen und in Eigentum des Volkes umgewandelt.

3. Allen Betrieben, die durch die Maßnahmen der Okkupationsmächte und durch die Kriegswirtschaftspolitik der Adenauer-Regierung in Schwierigkeiten geraten sind, insbesondere den kleinen Unternehmungen, Handwerksbetrieben und den landwirtschaftlichen Betrieben wird staatliche Hilfe gewährt. Die private Initiative wird gefördert. Die Überfremdung der westdeutschen Wirtschaft durch ausländisches Kapital, insbesondere das amerikanische, wird beseitigt.

4. Der Außenhandel wird geregelt nach den Grundsätzen eines freien Güteraustausches auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit allen Ländern der Welt.

5. Zur Sicherung der Volksernährung, der höchstmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, des Ackerbaues und der Viehzucht erfolgt eine gerechte Verteilung des Bodens. Darum wird der Großgrundbesitz über 100 Hektar den landarmen Bauern, Bauernsöhnen, Umsiedlern und Landarbeitern übergeben.

6. Alle bäuerlichen Betriebe genießen zur Sicherung ihrer Existenz staatlichen Schutz und Förderung durch ausreichende, langfristige zinslose Darlehen für die Entwicklung ihrer Betriebe. Durch die Befreiung der bäuerlichen Betriebe von allen Sondersteuern, Sonderbelastungen, sowie durch die Beseitigung der Preisschere zwischen Agrar- und Industrieprodukten wird eine Preisgestaltung ermöglicht, die den Interessen sowohl der Bauern wie auch der Masse der Verbraucher entspricht. Für die Schäden, die landwirtschaftlichen Betrieben durch die Okkupationsmächte entstanden sind, wird den Betroffenen voller Ersatz geleistet. Das beschlagnahmte Land wird den Bauern zurückgegeben.

Soziale Grundsätze

1. Durch den Friedensvertrag wird unser Volk von der Milliardenlast befreit, die jetzt für das Besatzungsregime und die Aufrüstung in Westdeutschland aus ihm herausgepreßt wird. Es wird die Grundlage für eine neue Blüte der Friedenswirtschaft geschaffen. Dadurch werden die Mittel bereitgestellt für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, Angestellten und der Intelligenz, insbesondere der Jugend, für eine großzügige Förderung des Wohnungsbaues sowie für die Opfer des vergangenen Krieges, für die Schaffung neuer Existenzen und Arbeitsplätze für die Umsiedler, für die Erhöhung der Rentensätze für alle Sozialgeschädigten.

2. Durch die breite Entfaltung der Friedenswirtschaft im demokra-

tischen Deutschland und die ungehemmte Entwicklung des Außenhandels wird die Vollbeschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung gesichert und die Arbeitslosigkeit beseitigt.

3. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten und ihren Gewerkschaften wird in den Betrieben und auf allen Gebieten der Wirtschaft das volle Mitbestimmungsrecht garantiert. Alle Gesetze und Verordnungen, die dieses Mitbestimmungsrecht in irgendeiner Weise einschränken bzw. verweigern, sind aufzuheben.

4. Die gesamte Sozial- und Unfallgesetzgebung wird einheitlich geregelt. Die Selbstverwaltung in den Versicherungen unter stärkster Beteiligung der Gewerkschaften wird gesetzlich verankert. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesen Grundsätzen widersprechen, werden aufgehoben. Es wird für ausreichenden Arbeits-, Unfall- und Gesundheitsschutz gesorgt. Die Höhe der Rentensätze wird den allgemeinen Lebenshaltungskosten angepaßt.

5. Die unsozialen Massensteuern werden beseitigt. Die Steuergesetzgebung wird vereinfacht und erfolgt nach sozialen Gesichtspunkten.

6. Die Gleichberechtigung der Frauen im bürgerlichen, insbesondere im Familienrecht, im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, wird durch Gesetz garantiert.

7. Gesetzlicher Schutz für Mutter und Kind wird garantiert. Frauen und Jugendlichen ist bei gleicher Arbeit gleicher Lohn zu zahlen.

8. Zur großzügigen Förderung der Jugend im Beruf und beim Studium, in der Ferien- und Freizeitgestaltung und im Sport, wird ein umfassendes Gesetzgebungswerk geschaffen, das der Jugend alle Möglichkeiten der Ausbildung, des Aufstiegs, der Erholung, der Entfaltung eines frohen Jugendlebens eröffnet und Jungen wie Mädchen die volle Gleichberechtigung und alle demokratischen Rechte garantiert.

9. Der Wohnungsbau erfährt weitgehende staatliche Förderung, damit ausreichender Wohnraum zu sozial tragbaren Mieten geschaffen wird. Der Aufbau der zerstörten Städte und Gemeinden ist so zu gestalten, daß er einer hohen Wohnkultur und den nationalen Traditionen entspricht.

Entfaltung der Wissenschaft und Kultur

1. Zerstörte Kulturstätten, wie Universitäten, Schulen, Museen, Theater, Kirchen und Bibliotheken werden wiederhergestellt und neue gebaut.

2. Die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung wird wiederhergestellt. Die deutschen Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Institute werden ausgebaut und erhalten die erforderliche staatliche Unterstützung.

3. Um einen neuen Aufschwung der deutschen Kunst und Literatur zu sichern, erhalten Schriftsteller, Bildhauer, Maler und Musiker durch ausreichende staatliche Unterstützung die Möglichkeit zur vollen Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte im Dienste der friedlichen Entwicklung unseres Volkes.

4. Um allen Jugendlichen entsprechend ihrer Begabung die Schul- und Berufsausbildung zu ermöglichen, wird ein einheitliches und fortschrittliches Schulsystem geschaffen, Lehr- und Lernmittelfreiheit garantiert.

Die gerechte Sache des Volkes wird siegen

Mit der Verwirklichung dieser Forderungen wird das deutsche Volk Herr seines eigenen Geschicks, überwindet Not und Elend und gelangt zur Entfaltung eines gesicherten Wohlstandes.

Jede Regierung, die diese Grundforderungen der Nation vertritt, wird die volle Unterstützung der Kommunistischen Partei Deutschlands erhalten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft alle deutschen Patrioten, vor allem Arbeiter und Bauern auf, einheitlich, mutig und zuversichtlich in der großen nationalen Front des demokratischen Deutschland für die Verwirklichung dieses Zieles zu kämpfen.

Düsseldorf, den 2. November 1952

Kommunistische Partei Deutschlands

1 Quelle: Rettet das Vaterland. Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Rede Max Reimanns auf der VII. Tagung des Parteivorstandes der KPD. Herausgegeben vom Parteivorstand der KPD, Reutlingen o. J., S. 3 ff.

2 Ende 1952 lag die Gründung der VR China drei Jahre zurück, die USA-Aggression gegen Nordkorea war gescheitert, im Iran hatte die Mossadegh-Regierung die britisch kontrollierte Ölindustrie verstaatlicht, in Malaya war die britische Kolonialmacht in einen verlustreichen Krieg gegen die dortige nationale Befreiungsbewegung verwickelt, in Vietnam stand die französische Niederlage unmittelbar bevor.

3 Geheimdienstlich organisierte Terror- und Sabotageaktionen gehörten Anfang der 50er Jahre zum gängigen Repertoire des Kampfes gegen die DDR.

4 Das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz von 1952 untersagte die politische

Betätigung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und verpflichtete die Betriebsräte zur „Zusammenarbeit“ mit den Betriebsleitungen.

5 Diese Delegation unter Leitung des stellvertretenden Volkskammerpräsidenten Matern wurde am 19. 9. 1952 von Bundestagspräsident Ehlers empfangen. Die Vorschläge der DDR blieben freilich unbeantwortet.

Die KPD war und ist die konsequenteste Verfechterin der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Sie hat dazu seit Jahren konstruktive, den Interessen des deutschen Volkes dienende Vorschläge gemacht. Wären diese Vorschläge verwirklicht worden, dann hätten wir längst ein einiges und demokratisches Deutschland. Niemals wird unsere Partei das schwarzrotgoldene Banner der deutschen Einheit sinken lassen. Immer war und bleibt die alte Forderung von Karl Marx und Friedrich Engels nach der einen und unteilbaren deutschen demokratischen Republik unsere Losung. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß unser Volk im Kampf gegen die Spalter und Verderber Deutschlands den Sieg der deutschen Einheit an seine Fahne heften wird.

Dementsprechend ist und bleibt unser strategisches Ziel, so wie es im „Programm zur Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ formuliert ist, die Schaffung des einigen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschland.²

Zu Fragen des Programms der nationalen Wiedervereinigung

Die grundsätzliche Zielsetzung der nationalen Politik unserer Partei hat sich als richtig erwiesen. Anders jedoch steht es mit gewissen Formulierungen im „Programm zur Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“, wie revolutionärer Sturz des Adenauer-Regimes. Diese Formulierung ist falsch; denn sie entsprach nicht und entspricht nicht der Lage und den Bedingungen in der Bundesrepublik und hat die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Sammlung aller demokratischen Kräfte behindert. Die Aufgabe bestand und besteht jedoch darin, alle Möglichkeiten für das Zustandekommen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte gegen den Militarismus in vollem Umfang wahrzunehmen. Unsere Aufgabe muß sein, Zehntausende neuer Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Hunderttausende und Millionen werktätige Menschen um die Partei zu scharen. Das ist real, wenn wir unsere Massennarbe so entwickeln, daß die Arbeiter und die Werktätigen verstehen: Die KPD ist eine deutsche, demokratische Partei, die eine bedeutungsvolle Rolle im politischen Leben der Bundesrepublik spielt, die für die Ent-

wicklung einer Politik des Friedens, der Demokratie und der Wiedervereinigung Deutschlands von entscheidendem Gewicht ist.

KPD kämpft vom Boden der Demokratie aus

Damit die Massen in unserer Partei die große Vorkämpferin der Sache des Volkes erkenne, ist es notwendig, daß wir weit mehr als bisher als Wortführer aller freiheitlichen Bewegungen, an der Spitze aller demokratischen Bestrebungen auftreten.

Die reaktionäre Entwicklung, auf die wir schon lange hingewiesen haben, wird heute von Politikern der verschiedensten Parteirichtungen bestätigt. Auf dem Kölner Kongreß der SPD sprach z. B. Erich Ollenhauer von der „ständig wachsenden Gefahr, daß die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik um der Behauptung ihrer Macht willen die Grundrechte des Staatsbürgers in der Demokratie, seine persönliche, geistige und kulturelle Freiheit mißachten und gefährden“.

Unter dem Eindruck der zunehmenden autoritären Entwicklung in der Bundesrepublik haben sich auch bisherige Koalitionspartner der CDU, wie der FDP-Vorsitzende Dehler und der Abgeordnete Reinhold Maier, veranlaßt gesehen, in scharfen Erklärungen gegen die totalitären Herrschaftsmethoden Adenauers und seiner Gruppe Stellung zu nehmen. Nicht die Demokratie, sondern die Infamie sei die Schutzgöttin Bonns, sagte Dehler. Das muß in der Tat so sein, wenn dort die alten Militaristen und Faschisten, die Globke, Bräutigam, Forschbach, Heusinger, Oberländer, Kraft und viele andere Nazigünstlinge in den führenden Positionen sitzen.

Das sind dieselben Leute, die das Bundesverfassungsgericht unter Druck setzen, um wider alles Recht und Gesetz ein Verbotsurteil gegen unsere Partei zu erzwingen. Es sind dieselben Kräfte, die mit ihren faschistischen Schlägergardien in Balingen den Überfall auf DGB-Funktionäre organisiert haben und in den Betrieben militaristische Stoßtrupps aufstellen, die im Interesse der Rüstungsindustriellen den Kampf gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien auf ihr Programm geschrieben haben.

In unserem Appell, den wir angesichts der Bedrohung der Legalität unserer Partei an die SPD und den DGB gerichtet haben, weisen wir alle Arbeiter, alle Demokraten darauf hin, daß sie mit der Verteidigung der